

An das Stadtparlament

Winterthur

Beantwortung der Interpellation betreffend Rechtsfallreporting, eingereicht von den Stadtparlamentsmitgliedern I. Kuster (Die Mitte/EDU) und D. Oswald (SVP)

Am 28. März 2022 reichten die Stadtparlamentarierin Iris Kuster (Die Mitte/EDU) und der Stadtparlamentarier Daniel Oswald (SVP) mit 18 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern folgende Interpellation ein:

«Anfrage und Begründung

Die Stadt führt diverse Rechtsprozesse in verschiedenen Bereichen, so z.B. werden gegen Baubewilligungen Rekurse erhoben, Submissionsentscheide angefochten oder gegen Verkehrsanordnungen Einsprache gemacht – und auch zivilrechtliche Prozesse im Zusammenhang mit Lieferungen oder dem Bezug von Leistungen Dritter sind möglich. Aber auch der Stadtrat kann Rechtsprozesse beginnen, so geschehen mit der Aufsichtsbeschwerde gegen die Pensionskasse der Stadt Winterthur. Rechtsfälle führen zu Mehraufwand und in den meisten Fällen auch zu Mehrkosten. Deren Ausgang ist oft mitprägend für das Bild bzw. Image von Winterthur als Stadt und Verwaltung. Die Medienberichterstattungen über die diversen Submissionsverfahren verdeutlichen dies.

Deshalb folgende Fragen zu den Rechtsverfahren:

1. *Wieviele Rechtsverfahren gibt es pro Jahr und pro Departement? Wieviele haben einen Streitwert über 50'000.-?*
2. *Welcher Rechtsnatur sind die Streitigkeiten? Und was sind die häufigsten Themen bzw. Gründe? (Verkehr, Personelles, Submission etc.)*
3. *Wie oft ist die Stadt Beklagte und wie oft Klägerin?*
4. *In wievielen Fällen, wird das Verfahren mit den internen Rechtsdiensten und wievielen mit externen Anwälten geführt?*
5. *Hat die Stadt ein Rechtsfallreporting – mit allen wesentlichen Streitfällen, den Kosten für externe Anwaltskosten, Ausgang der Rechtsstreitigkeit etc.? Falls nicht, was sind die Gründe und kann sich der Stadtrat die Einführung vorstellen?»*

Der Stadtrat erteilt folgende Antwort:

Mit der Interpellation wird nach den in der Stadt geführten Rechtsprozessen gefragt, wobei die konkreten Fragen auf Durchschnittswerte abzielen («pro Jahr»), ohne jedoch den Zeitraum zu nennen, der diesen Werten zugrunde liegen soll. Um den Aufwand in Grenzen zu halten, wurde vorliegend ein Zeitraum von drei Jahren genommen, nämlich die Jahre 2019 bis 2021. Die von den Departementen zusammengetragenen Zahlen wurden der Übersicht halber in einer Tabelle im Anhang zusammengefasst.

Zu den einzelnen Fragen:

Zur Frage 1:

«Wieviele Rechtsverfahren gibt es pro Jahr und pro Departement? Wieviele haben einen Streitwert über 50'000.-?»

Siehe Tabelle im Anhang.

Zur Frage 2:

«Welcher Rechtsnatur sind die Streitigkeiten? Und was sind die häufigsten Themen bzw. Gründe? (Verkehr, Personelles, Submission etc.)»

Siehe Tabelle im Anhang.

Zur Frage 3:

«Wie oft ist die Stadt Beklagte und wie oft Klägerin? »

Siehe Tabelle im Anhang.

Zur Frage 4:

«In wievielen Fällen, wird das Verfahren mit den internen Rechtsdiensten und wievielen mit externen Anwälten geführt?»

Siehe Tabelle im Anhang.

Zur Frage 5:

«Hat die Stadt ein Rechtsfallreporting – mit allen wesentlichen Streitfällen, den Kosten für externe Anwaltskosten, Ausgang der Rechtsstreitigkeit etc.? Falls nicht, was sind die Gründe und kann sich der Stadtrat die Einführung vorstellen?»

Auf gesamtstädtischer Ebene existiert kein Rechtsfallreporting. Auf der Ebene der Departemente wird ein solches im Departement Soziales im Bereich Sozialversicherungen und Zentrale Fachstelle geführt, wobei der Streitwert nicht erfasst bzw. nur die Anzahl Prozesse erhoben werden. Im Departement Bau hat der Rechtsdienst im Baupolizeiamt die parlamentarische Zielvorgabe, dass 65 % der Submissionsverfahren bzw. 90 % der übrigen Rechtsmittelverfahren gewonnen werden müssen. Dazu erfolgt jeweils ein Reporting. Im Departement Technische Betriebe wird ein Rechtsfallreporting geführt, im Departement Finanzen nur teilweise. Die übrigen Departemente und die Stadtkanzlei haben kein Rechtsfallreporting, weil entweder nur sehr wenige Rechtsfälle pro Jahr bearbeitet werden müssen oder wie im Departement Schule und Sport die meisten Fälle die Kreisschulpflegen betreffen, welche diese selbst erledigen.

Wie die Tabelle im Anhang zeigt, gibt es gewisse Bereiche, welche eine höhere Anzahl von Prozessen führen müssen, so z.B. bei den Steuern (inkl. Rechtsöffnungsverfahren), im Bauwesen, im Bereich Sozialversicherungen (ZL/IV/ALV). Diese Bereiche führen bereits ein Reporting. Eine darüber hinaus gehende generelle Einführung eines Rechtsfallreportings in allen Departementen oder auf gesamtstädtischer Ebene für die wenigen zusätzlichen Rechtsfälle erscheint in Abwägung von Aufwand und Nutzen als nicht angezeigt.

Die Berichterstattung im Stadtparlament ist dem Vorsteher des Departements Kulturelles und Dienste übertragen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

M. Künzle

Der Stadtschreiber:

A. Simon

Beilage:

1. Tabelle zu den Fragen 1 bis 4

Tabelle zu den Fragen 1 bis 4

Hinweis:

Die Werte des DSS enthalten auch die Verfahren der Kreisschulpflegen, allerdings nur diejenigen, bei denen der Rechtsdienst des DSS beigezogen wurde. Der grösste Teil der Verfahren der Kreisschulpflegen wurde von diesen selbst erledigt, allenfalls unter Beizug einer extern beauftragten Rechtsvertretung. Auf die Bitte der Stadtkanzlei an die Präsidentinnen und Präsidenten der Kreisschulpflegen zur Bekanntgabe der vom Stadtparlament verlangten Auskünfte wurde entweder gar nicht reagiert oder eine Auskunfterteilung explizit verweigert.

Frage 1

	DKD			DFI			DB			DSU			DSS			DSO			DTB			SK		
	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021
Anzahl Prozesse vor Gericht oder sonstigen Behörden	1	1	1	911	920	826	35	66	70	1	1	2	14	12	21	27	24	31	5	2	5	5	3	7
davon Anzahl Prozesse mit Streitwert über Fr. 50'000.00	0	0	0	1	1	5	1	2	3	0	0	0	1	0	2	0	0	0	4	1	2	0	0	1

Frage 2

	DKD			DFI			DB			DSU			DSS			DSO			DTB			SK		
	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021
Anzahl Prozesse privatrechtlicher Art	0	0	0	1	0	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Häufigste Themen bzw. Gründe der Prozesse:																								
- Miete und Pacht				1		2																		
- Sachenrecht						1																		
Anzahl Prozesse öffentlichrechtlicher Art	1	1	1	910	920	823	35	66	70	1	1	2	14	12	21	27	24	31	5	2	5	5	3	7
Häufigste Themen bzw. Gründe der Prozesse:																								
- Steuern				909	919	823																		
- Bauwesen							24	51	43															
- Planungsrecht							4	8	6															
- Verkehrsanordnungen								3	18															
- Zivilstands- und Meldewesen										1		2												
- IDG											1													
- Personal													3	1	6					2	1			
- Schule													7	8	8									
- Kinderbetreuung													2	1										
- Sozialversicherungen																17	22	22						
- Sozialhilfe und Alimente																9	2	9						
- Taxen Alterszentren																1								
- Elektrizität, Gas, Wasser, Fernwärme																					3			
- Aufsichtsbeschwerden													1	2	3								1	1
- Haftpflicht, Hausverbot, Ausstand															3									
- Einbürgerungen																							2	1
- Stimmrechtsrekurse																						3		3
- Submissionen	1	1		1	1		6	3					1		1				3					1
- Diverse			1				1	1	3										2		1	2		1

Frage 3

	DKD			DFI			DB			DSU			DSS			DSO			DTB			SK		
	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021
Anzahl Prozesse mit Stadt als Be- klagte	1	1	1	852	875	779	34	65	67	1	1	2	12	9	19	17	12	18	4	2	3	5	2	6
Anzahl Prozesse mit Stadt als Klä- gerin	0	0	0	59	45	47	1	1	3	0	0	0	2	3	2	10	12	13	1	0	2	0	1	1

Frage 4

	DKD			DFI			DB			DSU			DSS			DSO			DTB			SK		
	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021
Anzahl Prozesse von städtischen Stellen geführt	1*	1*	0	911	920	824	31	64	70	0	1	2	14	12	19	20	24	31	3	2	4	5	2	5
Anzahl Prozesse von extern beauf- tragten Rechtsanwälten geführt	0	0	1	0	0	2	4	2	0	1	0	0	0	0	2	7	0	0	2	0	1	0	1	2
* mit Beteiligung/Unterstützung durch externe Rechtsanwälte																								